

Sperrfrist: Samstag 21.04.2012, 11.00 Uhr
Es gilt das gesprochene Wort.

56. Jahreshauptversammlung des Freie Wähler
Landesverbandes Baden-Württemberg
am 21. April 2012 in Wernau.

Ansprache des
Landesvorsitzenden Heinz Kä l b e r e r
Oberbürgermeister a. D.

Bürgerinnen und Bürger und nicht die Fraktionen müssen im Mittel-
punkt stehen

Vielleicht kommt ein Teil des Frustes und der Parteiverdrossenheit unserer Bürgerinnen und Bürger auch daher, weil sie den Eindruck haben, dass nicht sie sondern der "politische Gegner" auf Bundes- und Landesebene im Mittelpunkt steht.

Auf kommunaler Ebene sollten die Freien Wähler in den Gemeinderatsgremien und Kreistagen einen vernünftigen Vorschlag nicht ablehnen, nur weil er von einer anderen Fraktion kommt. Ich weiß, dass das in vielen kommunalen Gremien auch nicht der Fall ist. Gerade bei unangenehmen, aber notwendigen Entscheidungen für die Gemeinde oder den Landkreis sollte mit den anderen Fraktionen das Gespräch gesucht werden. Im Interesse unserer Bürgerinnen und Bürger sollten

wir der "besten Idee" zum Durchbruch verhelfen, unabhängig von welcher Fraktion sie kommt. Die meisten Bürger erwarten das auch von den von Ihnen gewählten Mandatsträgern. In manchen Fällen Vermittler zu spielen, fällt uns Freien Wähler vielleicht auch leichter, weil wir keinen parteipolitischen Gegner haben.

Bürgerbeteiligung in den Städten und Gemeinden

Die Städte und Gemeinden haben nach den gesetzlichen Bestimmungen die Möglichkeit, Bürgerinnen und Bürger mit einzubeziehen. Es gibt z.B. Bürgerversammlungen zu allgemeinen oder konkreten Sachthemen (z.B. Bau einer Umgehungsstraße). In meiner Stadt gibt es seit vielen Jahren einen Jugendgemeinderat, um junge Menschen für die Kommunalpolitik zu interessieren. Interessant ist, dass einige dieser ehemaligen Jugendgemeinderäte jetzt Mitglied des "richtigen" Gemeinderats sind.

Eine diskutierte weitere Absenkung des Quorums für Bürgerentscheide unter 25 % der Stimmberechtigten halte ich für falsch. Eine Minderheit darf sich nicht durchsetzen. Bürgerbeteiligung bedeutet auch, dass sich dann der Bürger bei einem Bürgerentscheid nicht fern hält.

Der von der Landesregierung neu initiierte Bürger/Innenrat darf nicht zur Pflicht gemacht werden. Es muss in der Entscheidung der Stadt und Gemeinde bleiben, ob ein solches zusätzliches Gremium eingeführt werden soll. Das ist bis jetzt von der Landesregierung auch so vorgesehen. Auf jeden Fall darf kein "Nebengemeinderat" entstehen, um keinen Frust bei den von der Bevölkerung gewählten Mandatsträgern aufkommen zu lassen.

Bürgermeister in den Kreistagen

Bürgermeister aller politischen Gruppierungen sind in den Kreistagen vertreten. Durch ihr Querschnittswissen und ihren engen Kontakt zur Bevölkerung tragen sie viel zur fachkompetenten Kreistagsarbeit bei. Sie helfen auch dabei, die Balance zwischen Kreisinteressen und Gemeindeinteressen zu wahren. Die Kreisumlage kommt ja von den Gemeinden.

Ein Ausschluss der Bürgermeister aus dem Kreistag wird jetzt wieder neu diskutiert. Die Freien Wähler wehren sich gegen diese Überlegungen.

Die Bürgermeister werden vom Volk gewählt als Kandidaten in den Wahlkreisen und nicht als Amtsträger. Das Argument, sie würden ihre Aufsicht selbst bestimmen, ist falsch. Der Landrat übt die Rechtsaufsicht über die Gemeinden als staatlicher Beamter aus. Der Kreistag wird daran nicht beteiligt und hat auch keine Einwirkungsmöglichkeiten.

Es wäre auch nicht nachvollziehbar, wenn die Oberbürgermeister in den Kreistag gewählt werden könnten und die Bürgermeister nicht. Die Oberbürgermeister unterstehen der Rechtsaufsicht des Regierungspräsidiums.

Sollte künftig der Landrat vom Volk gewählt werden und nicht vom Kreistag, auch das wird wieder neu diskutiert, wäre dieses Thema ohnehin "vom Tisch".

Kommunalwahlrecht

Das Kommunalwahlrecht darf nicht geändert werden. Das Kumulieren und Panaschieren gibt dem Bürger doch Auswahlmöglichkeiten. Und gerade bei der neuen Landesregierung soll der Bürger noch mehr im Mittelpunkt stehen. Der Bürger soll doch die Möglichkeit haben, auch den einen oder anderen Kandidat/in von einer anderen Bewerberliste zu übernehmen, wenn er ihn für den richtigen Kandidaten hält.

Kinderbetreuung

Die Regierung hat mit den kommunalen Spitzenverbänden eine Regelung gefunden, die Kosten der Kinderbetreuung vor dem Kindergarten durch das Land mit zu tragen. Diese Form der Kinderbetreuung ist eine neue kommunale Aufgabe. Deshalb war es nach dem Konnexitätsprinzip unerlässlich, dass die Kommunen dafür eine Finanzausstattung erhalten. Wir fordern aber, dass nach wenigen Jahren eine Überprüfung stattfindet und gegebenenfalls eine finanzielle Anpassung seitens des Landes vorgenommen wird.

Gemeinschaftsschulen

Gegen die Überlegungen, das ganze Land zu einem einzigen Schulversuch zu machen, wehrt sich der Gemeindetag Baden-Württemberg. Der Präsident Roger Kehle des Gemeindetags Baden-Württemberg sagt dazu: "Wenn die Gemeinschaftsschule an einzelnen Standorten bewiesen hat, dass sie für die Kinder im Land einen zukunftsfähigen Schulabschluss ermöglicht und ihnen beruflich alle Türen öffnet, ist sie es wert, flächendeckend eingeführt zu werden."

Ich teile diese Auffassung unseres kommunalen Landesverbandes.

Länderfinanzausgleich

Der Freie Wähler Landesverband unterstützt die Landesregierung bei ihrem Versuch, den Länderfinanzausgleich neu zu regeln. Es kann nicht sein, dass die wenigen Geberländer Leistungen in einem Nehmerland finanzieren, die höher sind als im Geberland.

Bürokratieabbau

Seit Jahren wird von Bürokratieabbau geredet. Es gab immer wieder Kommissionen, auch im Land Baden-Württemberg, die sich damit beschäftigten. Der "normale" Bürger hat aber den Eindruck, dass die Bürokratie eher zu- als abnimmt. Wir haben vorgeschlagen, künftig in solche Kommissionen nicht nur die "Oberen" (Ministeriumsvertreter, Vertreter von Institutionen und Verbänden) einzubeziehen, sondern verstärkt die direkt Betroffenen. Der Handwerksmeister, ein Streifenpolizist, die Hausfrau - Menschen also, die im täglichen Leben stehen.

Bahn im ländlichen Raum

Der ländliche Raum leidet nicht nur unter dem demographischen Wandel. Der größte Teil des Landes ist ländlicher Raum und die Ballungszentren sind auf den Ausgleich der ländlichen Räume angewiesen. Ein Teil der negativen Faktoren für den ländlichen Raum ist auch die Ausdünnung der Fahrpläne durch die Bahn und die Verwahrlosung der Bahnhofsbereiche. Wir bitten die Regierung auf die Bahn Einfluss zu nehmen, den ländlichen Raum nicht zu vernachlässigen.

Verkehrsinfrastruktur/Maut auf Autobahnen

Die Erklärungen von einzelnen Ministern unserer Landesregierung in der letzten Zeit sind etwas verwirrend. Einmal hat man den Eindruck, dass nur noch die Radwege im Vordergrund stehen sollen und dann wird doch wieder beschwichtigt, dass es auch um den Straßenausbau und die Straßenunterhaltung gehe.

Baden-Württemberg ist ein herausragender Wirtschaftsstandort und unsere Wirtschaft trägt dazu bei, dass es den meisten Bürgerinnen und Bürgern im Vergleich zu vielen anderen Ländern gut geht. Eine gute Verkehrsinfrastruktur mit Straßen und Autobahnen (nicht nur die Bahn und nicht nur für das Fahrrad) sind für unsere Wirtschaft und unsere Bürgerinnen und Bürger wichtig.

Eine Frage in diesem Zusammenhang ist natürlich auch die Finanzierung. Wir werden heute Nachmittag über einen Antrag diskutieren, ob die Freien Wähler die Einführung der Pkw-Maut auf Autobahnen fordern. Dieses Geld muss dann natürlich zweckgebunden für Straßenfinanzierungen verwendet werden. Wir bezahlen die Mautgebühr, wenn wir nach Österreich oder in die Schweiz oder in andere Länder in Urlaub fahren.

Bundestagswahl

Im nächsten Jahr ist wieder Bundestagswahl. Wir Freien Wähler haben klare Beschlüsse, dass wir keine Partei werden wollen und uns an solchen Wahlen nicht beteiligen. Herr Hiller wird dazu heute Nachmittag noch einige Ausführungen machen.